



Gemeinde Nuthetal

**A R G U S Potsdam e.V.**

**Dokumentation**

**Werkstatt  
Nachhaltigkeit - Bürgerbeteiligung – Straßen-  
bau**

**Ziele - Ergebnisse- Teilnehmer**

**Nuthetal, 23. September 2006**



**Die Veranstaltung wurde durch das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg aus Konzessionsabgaben Lotto gefördert.**

## Ziele der Werkstatt

In beiden Arbeitsgruppen wurden folgende grundsätzliche Ziele verfolgt:

1. Förderung des Erfahrungsaustausches und Vermittlung von „best practices“ zwischen Fachleuten, Verwaltung, Bürgern und Bürgerinitiativen
2. Kommunikation von Möglichkeiten konfliktarme Vorgehensweisen mit frühzeitiger Bürgerbeteiligung zu praktizieren
3. Möglichkeiten der Kooperation mit kommunalen Behörden erläutern und zu erwartende Resultate darstellen
4. nachhaltige kommunale Entwicklung und Bürgerbeteiligung sind keine Widersprüche sondern gehören zusammen
5. Entlastung öffentlicher Haushalte durch Bürgerbeteiligung als ein Aspekt nachhaltiger Entwicklung
6. Erarbeitung, Diskussion und Erfolgsmöglichkeiten von alternativen Vorschlägen im jeweiligen Verfahren.



In der Begrüßung erinnerte Frau Hamisch-Fischer die Vorsitzende der Gemeindevertretung an die vielfältigen und positiven Aktivitäten der Lokalen Agenda 21 in der Gemeinde Bergholz-Rehbrücke bzw. Nuthetal.

Veranstalter und Referenten wollten deutlich machen, dass die Erfahrungen und Initiativen der Bürger vor Ort genutzt werden können, um Probleme in der Gemeinde oder in einer Region zu lösen.

Darüber hinaus wurden in den beiden Arbeitsgruppen spezifische themenabhängige Ziele verfolgt.

## **Arbeitsgruppe 1: Privatinitiativen von Bürgern beim kommunalen Straßenbau - Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten von Anliegern**

Der kommunale Straßenbau ist aus Sicht der Anlieger und der Kommunen sowohl wünschenswert als auch eine finanzielle Belastung für die privaten und die kommunalen Haushalte. Je nach Satzung sind von den Anliegern erhebliche Beiträge zur Finanzierung des Straßenausbaus zu leisten. In der Gemeinde Nuthetal (Ortsteile Saarmund und Bergholz-Rehbrücke) gibt es gelungene Beispiele dafür, dass bei Nutzung des Engagements und der Privatinitiative von Anliegern der Straßenausbau sowohl für die beteiligten Bürger als auch für den Gemeindehaushalt deutlich geringere finanzielle Aufwendungen mit sich bringt.

Bürger schließen sich zusammen, um gemeinsam mit der Gemeindeverwaltung zweckmäßige und kostengünstige Lösungen für die Befestigung ihrer Anliegerstraße festzulegen. Das entspricht dem Gedanken des Agenda 21-Prozesses, die **Zusammenarbeit** zwischen Verwaltung und Bürgern zu befördern. Zugleich wird damit Einfluss auf den lokalen Verbrauch von Ressourcen genommen: geringerer Versiegelungsgrad, Regenwasserversickerung anstelle von Ableitung, geringere Kreditaufnahme im Gemeindehaushalt. Das sind wichtige Aspekte nachhaltigen Wirtschaftens vor Ort.

Die bisher praktizierten Beispiele sind verallgemeinerungsfähig für Siedlungsbereiche mit unbefestigten kommunalen Straßen, die gegenwärtig in einem unhaltbaren Zustand für die Anlieger sind. In der Arbeitsgruppe sollten Erfahrungen vermittelt und gute Beispiele erläutert werden.



## **Arbeitsgruppe 2: Bürgerbeteiligung bei überörtlichen Straßenbauvorhaben**

Die Planung von Straßen ist ein langwieriger und komplizierter Prozess, der oft von Betroffenen wegen fehlender Verständlichkeit und Transparenz auf wenig Akzeptanz, sogar auf vehementen Widerstand der Bürger stößt. Hier gilt es die einzelnen Schritte verständlicher zu machen, die Anforderungen des Natur- und Ressourcenschutzes (Umweltschutz) in den Planungsprozess zu integrieren und durch sinnvolle Planungsalternativen zu untersetzen. Durch ein konsensorientiertes Vorgehen, in dem Alternativen diskutiert und die jeweiligen Konsequenzen für Umwelt und betroffene Bürger transparent dargestellt werden, können Konfrontationen zumindest verringert werden. Zugleich stärkt die Mitwirkung von betroffenen Bürgern die Teilhabe von Bürgern am Planungsprozess und damit den Anspruch des Gesetzgebers, demokratische Planungsprozesse mit Bürgerbeteiligung zu praktizieren. Darüber hinaus wird die umfangreiche lokale Kenntnis der Bürger für ein Vorhaben aktiviert und bei der Lösungssuche nutzbar gemacht. An Beispielen aus unterschiedlichen Regionen sollte ein derartiges Vorgehen erarbeitet und für das Planungsverfahren „Ortumgehung Potsdam –



Havelspange“ genutzt werden. Erst durch eine verbesserte Verständlichkeit und Bürgerbeteiligung im Planungsverfahren kann eine erhöhte Akzeptanz der betroffenen Bürger erreicht werden. Eine konsensorientierte Vorgehensweise und die Vermittlung einer anspruchsvollen Dialogkultur gehört zu den Zielen des Agendaprozesses.



Insgesamt zählte die Veranstaltung 45 Teilnehmer, darunter auch Bürger und Verwaltungsmitarbeiter aus benachbarten Kommunen wie Beelitz, Schielowsee und Teltow.

**Referenten:**

Ralf Joppa, Dipl.-Bauingenieur,  
ICoMa TVR Ingenieurbüro Tief-, Verkehrs- und Rohrleitungsbau GmbH  
Arthur-Scheunert-Allee 2  
14 558 Nuthetal, OT Bergholz-Rehbrücke

Torsten Zado, Bauamtsleiter,  
Gemeindeverwaltung Nuthetal  
Arthur-Scheunert-Allee 103  
14558 Nuthetal

Hans-Peter Kleemann  
Büro für Angewandten Umweltschutz GmbH  
Steinäcker 18,  
70619 Stuttgart  
[www.bau-stuttgart.de](http://www.bau-stuttgart.de)

Heiner Müller-Ermann,  
Aktionsgemeinschaft gegen die A 94, Oberbayern,  
[www.A94-B12.de](http://www.A94-B12.de)

## Die Werkstatt und ihre Ergebnisse in der Presse:



**PNN, 26.09.2006**  
**Potsdam-Mittelmark**

### **Plädoyer für Beteiligung der Bürger**

Potsdam-Mittelmark - Für eine frühzeitige Artikulation des Bürgerwillens bei großen Straßenbauprojekten haben sich in einer gemeinsamen Pressemitteilung die Bürgerinitiativen gegen die Havelspange ausgesprochen. Anlass war ein Forum, zu dem die „Lokale Agenda 21“ der Gemeinde Nuthetal und Argus e.V. am Wochenende nach Bergholz-Rehbrücke eingeladen hatten. Dort habe der Stuttgarter Straßenbau-Ingenieur und Fachberater Hans-Peter Kleemann erklärt, dass große Straßenbauprojekte wie die Havelspange sehr wohl wieder aus dem Bundesverkehrswegeplan herausgenommen werden könnten. Entscheidend dafür sei eine möglichst frühzeitige Artikulation des Bürgerwillens wie zahlreiche Beispiele aus dem Bundesgebiet zeigten.

Laut Mitteilung kritisierte Kleemann das Vorgehen der Straßenbauverwaltungen: „Erst werden große Umgehungsstraßen kreisförmig um die Städte angelegt, um diese dann nachträglich durch Abkürzungsstrecken zu durchschneiden.“ Dieses Vorgehen würde sich beim Bau der Havelspange wiederholen. Statt den Berliner Ring zu befahren, würde der Fernverkehr die etwa 28 Kilometer kürzere Strecke über den Templiner See zwischen B 1 und B 2 nutzen, heißt es. Die Bürgerinitiativen seien sich einig, dass der Bedarf für die Havelspange mit den bisher von der Potsdamer Verwaltung vorgelegten, veralteten Zahlen sowie unzulänglichen Verkehrs- und Bevölkerungsprognosen nicht erbracht worden sei. Großes Interesse hätten auch die Informationen darüber gefunden, wie eine Aktionsgemeinschaft über 30 Jahre lang mit Phantasie und juristischer Unterstützung den Bau eines neuen Autobahnabschnitts in der Nähe von München bis heute verhindert habe. Idg



**Potsdam-Mittelmark**  
**17.10.2006**

### **Geld für die Straßen** **Eigenfinanzierung wird in Nuthetal zur Alternative**

Nuthetal - Nach der Thomas-Mann-Straße und dem Reiherweg in Bergholz-Rehbrücke wollen nun auch die Anwohner der Schinkel- und Begasstraße die Sanierung ihrer Straße in Eigenfinanzierung übernehmen. Wie Torsten Zado, Bauamtsleiter der Gemeinde Nuthetal, den PNN auf Anfrage erklärte, seien nach einer Informationsveranstaltung zum Thema der Selbstfinanzierung beim Straßenbau Ende September zwei Bürgerinitiativen gegründet worden, die die Interessen der Anwohner in den Gremien und Verhandlungen vertreten sollen. Auch die Bewohner des Heidewegs in Bergholz-Rehbrücke überlegen, nach diesem Modell ihre Straße zu sanieren. In Zeiten notorisch leerer Kassen in den Gemeinden sorgen die Hausbesitzer mit dem eigenen Geld für vernünftige Verhältnisse vor der eigenen Tür. Am 2. November ist eine Einwohnerversammlung in der Aula der Otto-Nagel-Grundschule im Andersenweg geplant, in der weitere Fragen zu den geplanten Sanierungen beantwortet werden sollen.

Ein weiteres Straßenbauvorhaben in Nuthetal betrifft den Ortsteil Saarmund. Wie Frank Schmidt vom Landesbetrieb Straßenwesen in Potsdam den PNN sagte, sei ein Planungsbüro damit beauftragt, ein Konzept für die Sanierung der Saarmunder Weinbergstraße zu erstellen. Die Schäden im Asphalt seien so stark, betonte Schmidt, dass nur eine komplette Sanierung in Frage komme. Diese sei für die Jahre 2007/2008 geplant. Zu den Kosten konnte Schmidt noch keine Auskunft geben, da man mit den Planungen noch im Anfangsstadium sei.

Schmidt hat jedoch schon Kontakt mit dem Nuthetaler Bauamt aufgenommen, denn auch der Gehweg der Weinbergstraße müsse erneuert werden. Doch während das Land Brandenburg für die Sanierung der Straße verantwortlich ist, liegt der Gehweg in der Zuständigkeit der Gemeinde. „Die soll nun entscheiden, ob im Zuge der geplanten Sanierung der Weinbergstraße auch der Gehweg erneuert werden soll“, sagte Schmidt. Dafür müsse die Gemeinde nun prüfen, ob sie Fördergelder für die Sanierung des Gehweges beantragen könne. D.B.



## Regionale Nachrichten

12.10.2006

### Land will Weinbergstraße sanieren

In Rehbrücke finden sich immer mehr Anliegerinitiativen

NUTHETAL Der Landesbetrieb Straßenwesen will die Saarmunder Weinbergstraße (L 771) sanieren. Der Ausbau sei für 2007/2008 geplant, sagte Bauamtsleiter Torsten Zado. Die Gemeinde Nuthetal wurde gefragt, ob der Gehweg an der Landesstraße gleich mit auf Vordermann gebracht werden soll. Während Fahrbahn samt Regenentwässerung vom Land finanziert würden, fällt der Gehweg in die Zuständigkeit der Kommune. Allerdings könnte die Gemeinde laut Zado Fördermittel für die Sanierung des Gehweges beantragen und der Gemeindeanteil würde auch teilweise auf die Anlieger "umgelegt", so dass sich die Belastungen für den Haushalt in Grenzen hielten. "Ich kann nur empfehlen, den Gehweg gleich mit erledigen zu lassen", so Zado. Dafür plädierte dann auch der Ortsentwicklungsausschuss. Geprüft wird zudem, ob der marode Fußweg am Markt noch am Straßenabschnitt liegt, der ausgebaut werden soll, was der Gemeinde gelegen käme.

In Bergholz-Rehbrücke setzen unterdessen weitere Anlieger auf den komplett selbstfinanzierten Ausbau ihrer Straße. Laut Zado gibt es solche Bestrebungen jetzt auch in der Schinkel- und Begasstraße sowie im Heideweg. Am 2. November, 19 Uhr, soll dazu eine Einwohnerversammlung in der Aula der Rehbrücker Schule stattfinden. Würden alle drei Straßen nach diesem Modell ausgebaut, wären es in Nuthetal dann schon acht.

Die Anrainer der Richard-Kuckuck-Straße sind hingegen zu dem Schluss gekommen, dass dies kein Modell für sie ist. Die Zusammensetzung der Grundstückseigentümer sei zu heterogen. In der Kuckuck-Straße gebe es unbebaute Grundstücke, Waldflächen und ein Areal, das dem Institut für Ernährungsforschung gehört. Alle Eigentümer unter einen Hut zu bekommen, werde man nie hinkriegen, hieß es. Eine Mehrheit der Anlieger will dennoch den Ausbau - unter Regie der Gemeinde. Für ihren Wunsch, Geld für die Planungen in den Etat 2007 einzustellen, sah der Ortsentwicklungsausschuss aber keine Chance. Dafür fehle das Geld. Nur wenn unerwartete Mehreinnahmen Mittel in die Kasse spülen, könnte man 2007 Geld in einen Nachtragsetat einstellen. *jst*

# DER NUTHEBOTE

16. Jahrgang

November 2006

## Nachhaltigkeit - Bürgerbeteiligung - Straßenbau

### Erfolgreicher Workshop der LOKALEN AGENDA 21 Nuthetal

Zu dem gut vorbereiteten Workshop am 23. September 2006 waren in der Aula der Otto-Nagel-Grundschule zahlreiche Besucher erschienen.

Ein Thema der zweiteiligen Veranstaltung war **Straßenausbau in Eigenregie der Anlieger**.

In Bergholz-Rehbrücke sind in letzter Zeit drei Straßen auf diese Art und Weise ausgebaut worden: Der Reiherweg, der obere Teil der Feldstraße und zuletzt die Thomas-Mann-Straße. Und das zur Zufriedenheit der Anlieger, die sich mit Planungsbüro und Bauamt zusammengesetzt hatten und bestimmt haben, wie ihre Straße am besten ausgebaut werden sollte. Straßenbautechnische Regeln müssen eingehalten werden, der Ausbaustandard kann beeinflusst werden. Es hängt auch immer davon ab, wie die Straße beschaffen sein muss, um optimal zu funktionieren.

Die Agendagruppe hatte es sich zur Aufgabe gemacht, noch mehr Anlieger darüber zu informieren, wie man am besten an solch ein Projekt herangeht. Eingeladen waren zu diesem Thema Bauamtsleiter *Torsten Zado* und Planungsingenieur *Ralf Joppa*. Die Leitung der Versammlung hatte *Rainer vom Lehn*.

Als Ergebnis haben sich nun die Anlieger der Begas- und Schinkelstraße zusammengetan und möchten ihre Straßen auch ausbauen lassen. Dazu lesen Sie bitte den unten stehenden Artikel "Privater Straßenbau..." der *Anliegerinitiative Begas-1 Schinkelstraße*.

Die Anliegerinitiative wirbt um weitere Beteiligte in ihrem Straßenumfeld Feld-, Käthe-Kollwitz-, Heinrich-Zille-Straße, denn ein Gesamtvorhaben würde die Kosten senken.

Der private Straßenausbau in Bergholz-Rehbrücke ist ein vorbildliches Vorhaben, das den Bürgersinn stärkt. Es ist zu wünschen, das er so gut weitergeht, wie er angefangen hat. **el**

## Privater Straßenbau in der Begas- und Schinkelstraße

Zu einem guten Wohnumfeld zählen auch gute Straßen und Wege. Hiervon sind die Anlieger der Schinkel-, Heinrich-Zille-, Begas-, Lenbachstraße und vieler anderer Straßen in Bergholz-Rehbrücke noch weit entfernt. Der Grund ist im allgemeinen bekannt, die öffentlichen Kassen sind leer, und der Ausbau der Straßen in Bergholz-Rehbrücke ist somit zum Erliegen gekommen. Dass dies nicht auf ewig so hingenommen werden muss, haben die Initiativen in der Feld- und Thomas-Mann-Straße sowie im Reiherweg gezeigt. Hier haben die Bürger den Ausbau in die eigenen Hände genommen und selbst finanziert. Mit einigen wesentlichen Vorteilen gegenüber dem kommunalen Straßenausbau. Diese Initiative wurde jetzt in der Begas- und Schinkelstraße in Angriff genommen.

Die Bürger können das Prinzip der Kostenaufteilung je Anlieger selbst bestimmen. Die Gemeinde dürfte dies nicht. Auch ist die Gemeinde an den engen Rahmen der Erschließungsbei-

tragssatzung gebunden, welche für die Bürgerinitiative nicht zutrifft. Der wesentlichste Vorteil jedoch ist die Kostenersparnis gegenüber dem kommunalen Straßenbau. Der durch die Bürger beauftragte Bauträger kann über Preise mit den Firmen verhandeln. Dieser Vorteil, zu Gunsten jedes einzelnen Anliegers, verstärkt sich auch noch, je mehr Bürger der einzelnen Straßen sich zu einem größeren Projekt zusammenschließen. Hier lässt sich eine Menge Geld sparen. Deshalb sollten sich auch weitere Straßen an die Initiative der Begas- und Schinkelstraße anschließen.

Und noch ein Vorteil ergibt sich aus dem rein anliegerfinanzierten Straßenbau. Die Projekte könnten zeitnah beginnen, wenn die Bürger anpacken, die Initiative ergreifen und den Ausbau der Straßen selbst in die Hand nehmen.

Wenn die Bürger der betroffenen Straßen einen Fragebogen in ihrem Briefkasten finden, sollten sie sich nicht scheuen, ihn auszufüllen bzw. Kontakt mit den dort benannten Ansprechpartnern aufzunehmen. Ihre Meinung ist uns wichtig!

**Verfasser: Anliegerinitiative Begas-/Schinkelstraße**

## **Bürgerbeteiligung tut not - aber rechtzeitig**

Die zweite Gruppe des Workshops unter der Leitung von Dr. *Elvira Schmidt* beschäftigte sich mit überörtlichem Straßenbau und was man gegen unsinnige und unausgereifte Straßenbauprojekte unternehmen kann.

Hier beteiligten sich ARGUS e.V. Potsdam und Vertreter der Bürgerinitiativen gegen die Havelspanne aus Potsdam-West, Caputh und Werder.

Eingeladen waren der Ingenieur für Straßenbau Hans-Peter Kleemann vom Büro für angewandten Umweltschutz, Stuttgart und Heiner Müller-Ermann von der Bürgerinitiative gegen die A 94 in Bayern. Beide mit großen Erfahrungen darin, wie Bürger sich wehren können, wenn es um ihre Lebens- und Wohnqualität geht und wie man Naturschutz aktiv betreibt.

Als die Ortsumgehung Drewitz gebaut werden sollte, hatte sich bei uns auch eine Bürgerinitiative gegründet, die aber leider gegen die Allmacht des Straßenbauamtes und der Ministerien nicht ankam. Von den beiden Gästen aus den alten Ländern bekamen sie viele gute Tipps, wie man agieren muss, um Erfolg zu haben. Wichtig sind sehr frühe Einmischung, Fachwissen, Unterstützung in Rechtsfragen und einige Verhaltensweisen, die ich aber hier nicht verraten will.

Der Bürgerrechtler aus Bayern zeigte, wie die Menschen einer Landschaft, die zerstört werden soll, seit dreißig Jahren erfolgreich gegen den Bau einer unsinnigen Straße kämpfen.

Vielleicht sind wir Brandenburger noch zu obrigkeitstreu, dass wir uns nicht mit Pauken und Trompeten gegen amtliche Willkür zur Wehr setzen können. In Bayern funktioniert das, und zwar müssen die Menschen über "*das Herz*" angesprochen werden, wie Müller-Ermann immer wieder mit seinen Beispielen von Aktionen zeigte. Vielleicht sind wir Brandenburger nicht nur obrigkeitstreu, sondern haben auch zu wenig Heimatgefühl, was die Landschaft angeht.

Im Rahmen des Workshops wurde ein Film gezeigt, in dem der Schauspieler und Bürger von Bergholz-Rehbrücke, *Joost Siedhoff*, seine Trauer und sein Unverständnis über die Absicht, eine Straße durch die Ravensberge über den Templiner See (Havelspanne) zu führen, darlegt.

Er macht auch gute Vorschläge, wie überflüssiger Verkehr vermieden werden kann.

Wenn Sie also meinen, dass man sich als Bürger viel mehr einmischen sollte, und wenn Sie das auch wollen: In Bergholz-Rehbrücke gibt es die AGENDA 21 Nuthetal und andere aktive Bürger, die leider noch viel zu still für Nachhaltigkeit kämpfen.

Denken Sie doch mal an die Klimaaussichten.

Und haben Sie schon den neuen Film von AI Gore "Eine unbequeme Wahrheit" gesehen?

**Wenn Sie Interesse an einer Mitarbeit haben, schicken Sie uns eine E-Mail [e.haenelgweb.de](mailto:e.haenelgweb.de). Wir leiten sie weiter an die Aktiven, die Ihnen dann antworten werden.**

**Erika Haenel**

Übrigens hatte die Gemeinde nach dem Bau der OU Drewitz ein Nachfahrverbot für LKW beantragt, was abgelehnt wurde. Der Widerspruch dagegen wurde vom Landkreis Potsdam-Mittelmark mit Schreiben vom 26.9.06 abgewiesen. Zitat aus dem Widerspruchsbescheid:

*"Bei der Entscheidung wurde zudem berücksichtigt, dass es sich bei der Arthur - Scheunert - Allee um eine Landesstraße und Ortsdurchfahrt handelt und somit auch nicht nur die Belange der Anwohner von Bedeutung sind, sondern auch die aller Verkehrsteilnehmer die diese Ortsdurchfahrt nutzen."*